

© IMAGO/United Archives/Erich Andres

*Die Überreste der Neuen Reichskanzlei im Jahr 1946*

GASTBEITRAG

# *Nicht jeder bauliche Überrest der NS-Zeit gehört unter Denkmalschutz*

Was soll mit dem Nazi-Bunker unter der ehemaligen Neuen Reichskanzlei passieren? Es gibt zahlreiche Vorschläge für den Erhalt der Anlage. Dabei ist ihre historische Aussagekraft diskussionswürdig.



© PR/Peter Adamik

**Andrea Riedle** ist Historikerin und seit 2020 Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors.

Seit einigen Monaten wird in Berlin und darüber hinaus lebhaft über die Zukunft der Bunkeranlage unter der ehemaligen Neuen Reichskanzlei diskutiert. Die Vorschläge derer, die sich für den Erhalt der Anlage einsetzen, reichen dabei von der Konservierung der baulichen Überreste und ihrem denkmalrechtlichen Schutz bis zur Einrichtung eines neuen Dokumentationszentrums im Bunker.

Wiederholt wurde im Zuge der Debatte auf ein angebliches Informationsdefizit zur Geschichte des nationalsozialistischen Regierungsviertels im öffentlichen Raum verwiesen. So attestierte kürzlich eine Gruppe von Wissenschaftlern um den Stadtplaner Harald Bodenschatz mit Blick auf die Dokumentation des Zentrums der NS-Diktatur eine „empfindliche Lücke der Berliner Erinnerungslandschaft". Dieser Befund hält einem genaueren Blick auf bereits bestehende Erinnerungsorte der Hauptstadt jedoch nicht Stand.

Bereits seit 1996 informiert die vom Berliner Bausenator beauftragte und von der Stiftung Topographie des Terrors erarbeitete Straßenausstellung „Geschichtsmeile Wilhelmstraße" an knapp 30 Stationen zwischen Unter den Linden und Anhalterstraße ausführlich über die Geschichte der zentralen Gebäude des historischen Regierungsviertels. Auch die Ausstellung „Berlin 1933–1945. Zwischen Propaganda und Terror" auf dem Gelände der „Topographie des Terrors" widmet sich umfassend der Geschichte Berlins während der nationalsozialistischen Diktatur.

### Schon zahlreiche Gedenkorte

Und wer die Hauptausstellung des Dokumentationszentrums Topographie des Terrors besucht, stößt gleich im Foyer auf ein Modell des NS-Regierungsviertels, das die stadträumliche Ausdehnung und die historischen Standorte der nationalsozialistischen Institutionen von Staat und Partei im Jahr 1939 zeigt. In der Vergangenheit hat unsere Stiftung zudem mehrfach Sonderausstellungen zum NS-Regierungsviertel realisiert, darunter „Die Wilhelmstraße 1933–1945. Aufstieg und Untergang des NS-Regierungsviertels" (2012) und „Das Reichsarbeitsministerium 1933–1945. Beamte im Dienst des Nationalsozialismus" (2019).

> *Ein weiteres Dokumentationszentrum in Berlin-Mitte braucht es nicht.*
>
> **Andrea Riedle**

Zahlreiche weitere Gedenk- und Erinnerungsorte in Berlin thematisieren unterschiedliche Aspekte der NS-Herrschaft in der Reichshauptstadt. Auch die vom Deutschen Bundestag im Oktober 2020 beschlossenen Projekte „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzung in Europa" sowie das „Deutsch-Polnische Haus" werden künftig um eine Thematisierung des NS-Regierungsviertels kaum herumkommen.

### Eine Gesamtbetrachtung fehlt

Der große Bunker in der Voßstraße diente hauptsächlich als Luftschutz für die Bevölkerung. Die Forderung, die erhaltenen Teile des Bunkers unter Denkmalschutz zu stellen, ist angesichts seiner begrenzten historischen Aussagekraft zumindest diskussionswürdig.

Unabhängig von der Beantwortung dieser Frage zeigt die aktuelle Debatte aber vor allem eines: Es wäre sinnvoll, die baulichen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus sowie die bereits bestehenden Informations- und Erinnerungsangebote in Berlin einmal systematisch in den Blick zu nehmen. Eine solche Gesamtbetrachtung könnte dazu beitragen, zu beurteilen, welche Orte aufgrund ihrer historischen Aussagekraft und ihres exemplarischen Charakters eine besondere Bedeutung besitzen. Umgekehrt folgt daraus, dass nicht jeder bauliche Überrest der NS-Zeit zwangsläufig unter Denkmalschutz gestellt werden muss.

### Blinder Fleck in Moabit

Zugleich würde eine solche Gesamtbetrachtung sichtbar machen, an welchen Stellen die Berliner Erinnerungslandschaft tatsächlich weiterhin blinde Flecken aufweist. Ein besonders augenfälliges Beispiel ist der ehemalige Güterbahnhof Moabit, der zentrale Deportationsbahnhof der einstigen Reichshauptstadt. Bis heute ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass allein von dort mehr als 32.000 Berliner Jüdinnen und Juden deportiert wurden und damit die Mehrzahl der insgesamt über 50.000 aus Berlin verschleppten Menschen.

Die ehemalige Deportationsrampe des Gleises 69 steht dort zwar seit 2016 unter Denkmalschutz, verfällt jedoch zunehmend; der 2017 eingerichtete kleine Gedenkort vermüllt regelmäßig, und die anvisierte Freiluftausstellung kommt trotz einer bereits vorliegenden Machbarkeitsstudie nicht voran.

Gerade an diesem Ort zeigt sich, dass es in Berlin weiterhin erinnerungskulturelle Desiderate gibt, die Aufmerksamkeit verdienen. Ein weiteres Dokumentationszentrum in der an Erinnerungsorten reichen Mitte Berlins hingegen braucht es nicht.



© AFP/JOHN MACDOUGALL

*Der Standort der Bunker-Ruine unter der ehemaligen Neuen Reichskanzlei in der Voßstraße in Berlin-Mitte*